

Positionspapier

Energiewende am Ende



**Für eine Rückkehr zur
energiepolitischen
Vernunft**



Verwendete Bilder:

Titel © Aaron Aror / iStock

S. 7 © Mumemories / iStock

S. 9 © vlastas / iStock

S. 10 © IgorSPb / iStock

S. 15 © Nancy Kawayo / nancykawayo.com

S. 17 © Benjamin Rasmussen / Bloomberg Green

S. 29 © Wirestock / iStock

Alle anderen Bilder: Privat

V.i.S.d.P.: Björn Höcke, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteierwerbung eingesetzt werden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Deutschland in der Energiekrise	4
2. »Energiewende«: Die Mutter der Krise	6
3. »Energiewende«: Die Zerstörung der Natur	14
4. Gesellschaftliche Folgen: Unfreiheit und Armut	21
5. Energiepolitik in Thüringen: Initiativen der AfD-Fraktion	23
6. Aber müssen wir nicht »das Klima retten«?	28

Einleitung:

Deutschland in der Energiekrise

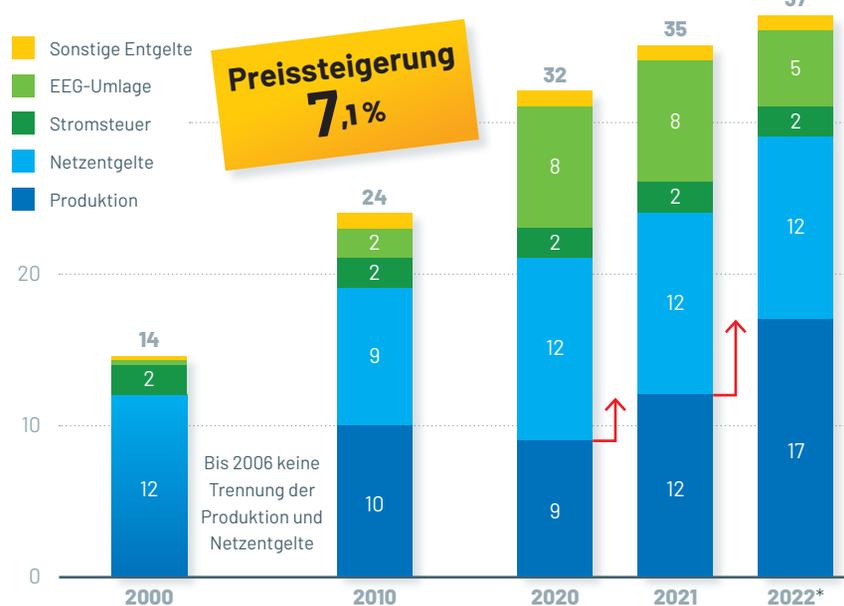
Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte hinweg ein Land mit einer zuverlässigen, kostengünstigen, zunehmend umweltfreundlicheren und selbstbestimmten Energieversorgung. Ökonomisches Wachstum, internationale Wettbewerbsfähigkeit, technische Innovationskraft, ein allgemeiner gesellschaftlicher Wohlstand mit einem hohen Lebensstandard und individuelle Freiheit beruhten nicht zuletzt auf einer bewährten, breit aufgestellten Energiewirtschaft. Obwohl Deutschland ein rohstoffarmes Land ist, war die Versorgung der Bürger und der Wirtschaft mit der benötigten Energie strukturell gesichert. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Stromproduktion. Hier konnten wir uns auf einen weitgehend ausgewogenen Energiemix verlassen: Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke, Kern-

kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen, Pumpspeicherwerke, in geringem Umfang auch kleine Wasserkraftanlagen sowie andere regenerative Energiequellen wie Biogas trugen dazu bei, dass sich Bürger und Wirtschaft um eine gesicherte Stromversorgung und bezahlbare Stromkosten hierzulande keine Sorgen machen mussten.

Diese Situation hat sich seit etwa dem Beginn des 21. Jahrhunderts infolge politischer Entscheidungen grundlegend gewandelt. Heute zahlen die Deutschen die höchsten Strompreise der Welt und sehen sich mit einer noch vor kurzem für unmöglich gehaltenen Energieversorgungskrise konfrontiert.

Strompreisentwicklung für deutsche Endverbraucher

In €-Cent pro kWh inklusive Mehrwertsteuer



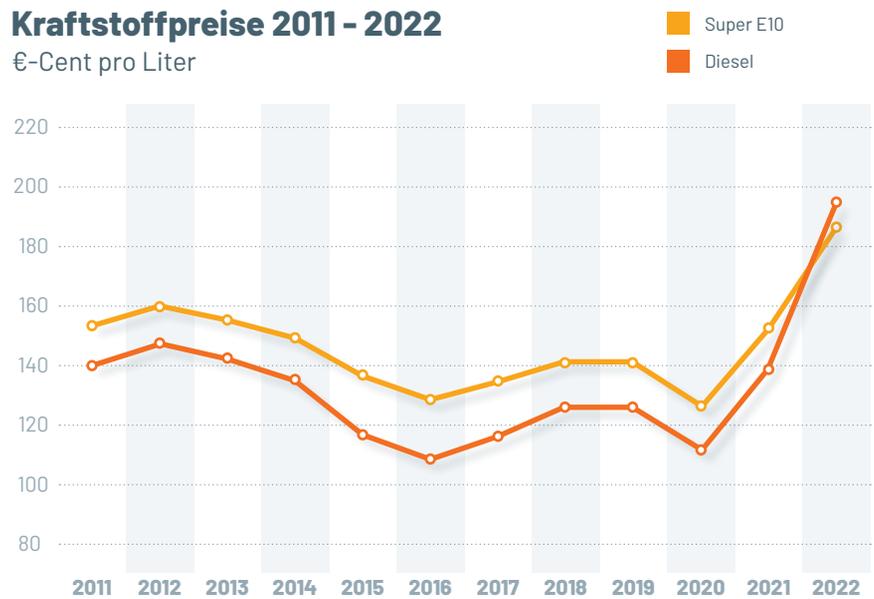
Quelle: ABDEW (2021) / Verivox (2021)

* 2022 Prognose laut Verivox



Kraftstoffpreise 2011 - 2022

€-Cent pro Liter



Quelle: ADAV e.V. 01.2023

Inzwischen drehen sich energiepolitische Debatten um Probleme, die wir bisher vor allem aus Entwicklungsländern kennen: So treibt Bürger und Experten die Sorge um einen großflächigen und länger andauernden Stromausfall (»Blackout«) um oder es wird allen Ernstes über die Verordnung angebotsabhängiger Stromzuteilungen und Energierationierung für Verbraucher diskutiert. Dass es solche Debatten heute gibt, findet seinen Grund unter anderem darin, dass unsere heimischen Kraftwerke den Strombedarf des Landes nicht mehr durchgängig und zuverlässig abdecken können. Das bedeutet, dass der entsprechende Strommangel immer wieder beispielsweise durch Stromimporte aus dem Ausland oder durch komplizierte und kost-

spielige regulatorische Netzengriffe in Form sogenannter Lastabwürfe und anderer Netzregulierungsmaßnahmen ausgeglichen werden muss. Denn prinzipiell gilt: Strom muss aus physikalischen Gründen immer genau dann produziert werden, wenn er benötigt wird (nachfrageorientiert). Eine Speicherung in Batterien, die es ermöglichte, Strom quasi »auf Vorrat« zu produzieren, ist auf absehbare Zeit in einem auch nur annähernd relevanten Umfang schlichtweg technisch nicht möglich.

Die Energiekrise betrifft nicht nur den Bereich der Stromversorgung, sondern auch die anderen energiewirtschaftlichen Bereiche, namentlich die Gebäudebeheizung sowie den Bereich des Verkehrs, insbesondere des Individualverkehrs mit Pkw. Ein für die Bürger zentraler

Aspekt ist hier der starke Anstieg der entsprechenden Energiepreise, sei es bei Gas und Öl für Heizanlagen, sei es beim Kraftstoff für Autos mit Verbrennungsmotor.

Die Kraftstoffpreise in Deutschland sind in den zurückliegenden Jahren vor allem infolge politischer Entscheidungen drastisch angestiegen: Benzin und Diesel werden nicht nur mit der Mehrwertsteuer, sondern mit weiteren Abgaben und Steuern, namentlich der Energiesteuer und der CO₂-Abgabe (die 2024 erneut und kräftig ansteigen soll) belegt. Etwa 48 Prozent der Benzinrechnung gehen an den Staat, beim Diesel sind es ca. 39 Prozent (Stand Juni 2023 – siehe <https://www.adac.de/verkehr/tanken-kraftstoff-antrieb/tipps-zum-tanken/7-fragen-zum-benzinpreis-vom-21.06.2023>).

»Energiewende«:

Die Mutter der Krise

Als Ursache für die Energiekrise, in der sich Deutschland heute befindet, ist zuallererst das politische Projekt der sogenannten Energiewende zu nennen, also die Transformation des Energiesektors, die von dem EU-Projekt des »Green Deal« flankiert wird. Hierbei handelt es sich um das Vorhaben, die bei der Energieversorgung und dem Energieverbrauch anfallenden Treibhausgase, namentlich CO₂ (Kohlen(stoff)dioxid), radikal zu reduzieren. Das soll durch die Abwendung von fossilen Energieträgern (Stein- bzw. Braunkohle, Erdöl, Erdgas), die Umstellung der gesamten Energiewirtschaft auf sogenannte erneuerbare bzw. regenerative Quellen sowie die Reduktion des Primärenergieverbrauchs¹ erreicht werden (»Dekarbonisierung«). Zugleich beinhaltet die

deutsche »Energiewende« die Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke des Landes, die zwischenzeitlich erfolgt ist: Im April 2023 sind die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz gegangen, Kraftwerke, die ohne relevanten CO₂-Ausstoß betrieben wurden.

Die Befürworter der »Energiewende« berufen sich zur Legitimation des Projekts vor allen Dingen auf das Ziel der »Klimaretterung«. Damit ist gemeint, dass die durch den Klimawandel

hervorgerufene Erderwärmung reduziert oder gar aufgehalten, die »Klimakatastrophe« abgewendet werden müsse, indem weniger CO₂ emittiert wird. Für diesen Gedanken ist die Auffassung grundlegend, dass der Klimawandel und die erkennbare Erderwärmung im Wesentlichen von den Menschen verursacht würden, und zwar insbesondere dadurch, dass die Menschen fossile Energieträger unter Freisetzung von CO₂ verbrennen (»menschengemachter

Gibt es »erneuerbare« Energie?

Ein zentrales Schlagwort der Politik der »Energiewende« ist die Formel von der »erneuerbaren« Energie. Energie allerdings lässt sich nicht »erneuern«, sondern nur in verschiedene Formen umwandeln (z.B. elektrische Energie in einem Elektromotor in kinetische/mechanische Energie einer Seilwinde). Tatsächlich finden bei allen natürlichen oder technischen Prozessen Energieumwandlungen statt. Dabei geht in der Summe keine Energie verloren, wie uns der Erhaltungssatz der Energie sagt. In physikalischer Hinsicht ist die Rede von »erneuerbaren« Energien also irreführend. Letztlich meint man damit schlicht nicht-fossile und nicht-nukleare Energieträger.

¹ Primärenergieträger sind Energieträger, die noch nicht in eine »gebrauchsfertige« Form umgewandelt wurden, also beispielsweise Erdöl vor seiner Verarbeitung zu Benzin und anderen Kraftstoffen.



Klimawandel«). Von dieser Voraussetzung ausgehend wird angenommen, dass die Menschen, die den Klimawandel gemacht haben, ihn auch wieder rückgängig machen können. Hierauf beruht eine politische Agenda, die von politischen Akteuren sowie einschlägigen Interessengruppen weltweit und auf verschiedenen politischen Ebenen vorangetrieben wird und sich fernab physikalischer Realität bewegt. Anstatt klug auf den Klimawandel etwa durch Anpassung zu reagieren, wird also die Umsetzung von Lobbyinteressen forciert.

Ein Forum der Energiewendeagenda sind etwa die UN-Klimakonferenzen, ein anderes die

Kommission der EU. Hier wurden und werden – weitgehend losgelöst von demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung – umfassende energiepolitische Vorhaben festgelegt. So beispielsweise das 2015 auf der Pariser UN-Klimakonferenz bestimmte »Zwei-Grad-Ziel«² oder der 2019 vorgestellte »Green Deal« der EU, durch den bis 2050 die Netto-Emissionen von Treibhausgasen in der EU auf null reduziert werden sollen. In Deutschland sind es neben Lobbygruppen (z.B. der Windkraftindustrie) vor allem die politischen Parteien von den Grünen über SPD und Linkspartei bis zu FDP und CDU, die das Projekt der »Energiewende«

verfolgen und ins Werk setzen.

Die ersten einschneidenden Maßnahmen im Sinne der »Energiewende« wurden von der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) realisiert. Es waren dies die Einführung der »Ökosteuer« und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in den Jahren 1999/2000. Inzwischen wurden im Bund vor allem in der Zeit der CDU-geführten Regierungen Angela Merkels zahllose weitere gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen, mit denen die »Energiewende« vorangetrieben wurde. Auch die Regierungen in den Bundesländern erlassen im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenz

² »Das Zwei-Grad-Ziel besagt, dass die globale Erwärmung langfristig auf höchstens zwei Grad Celsius (2 °C) über der globalen Mitteltemperatur vor der Industrialisierung beschränkt werden soll« (Carlo C. Jaeger/Julia Jaeger, Warum zwei Grad?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 32-33/2010, 7-15, hier: 7 f.).

Vorschriften, die auf die Umsetzung der »Energiewende« abzielen. Stück für Stück verwandelt die »Energiewende« den Energiemarkt durch zahllose Regulierungen und Vorschriften de facto in eine zentralistische Energie-Planwirtschaft. Von der Wirksamkeit der sozialen Marktwirtschaft im Bereich der Energieversorgung kann jedenfalls schon längst keine Rede mehr sein.

Eines der Prinzipien der »Energiewende« besteht darin, die Betreiber von Anlagen zur Gewinnung »erneuerbarer« Energien auf Kosten der Verbraucher in hohem Maße zu subventionieren und sogar ohne Gegenleistung (d.h. für gar nicht gelieferten Strom, den sogenannten »Geisterstrom«) zu bezahlen. Damit wird die Marktwirtschaft im Bereich der Energieerzeugung zugunsten insbesondere

großer »Windbarone« ausgehebelt.

Die Politik der »Energiewende« führt zu einem immer dichter werdenden Netz von Normen, mit denen den Bürgern und der Wirtschaft kostspielige Pflichten auferlegt und die Spielräume selbstbestimmter Entscheidungen immer weiter eingeengt werden. Zugleich bringen die gesetzlichen Regelungen eine Verteuerung der Energiepreise mit sich.

Zu den besonders weittragenden Entscheidungen gehören der sogenannte »Atomausstieg«, das heißt die (zwischen 2003 und 2023 erfolgte) Abschaltung aller deutschen Kernkraftwerke und der Verzicht auf die künftige Nutzung von Kernenergie sowie die Beendigung der Kohleverstromung, also die Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke (»Kohleausstieg«) bis

spätestens 2038.

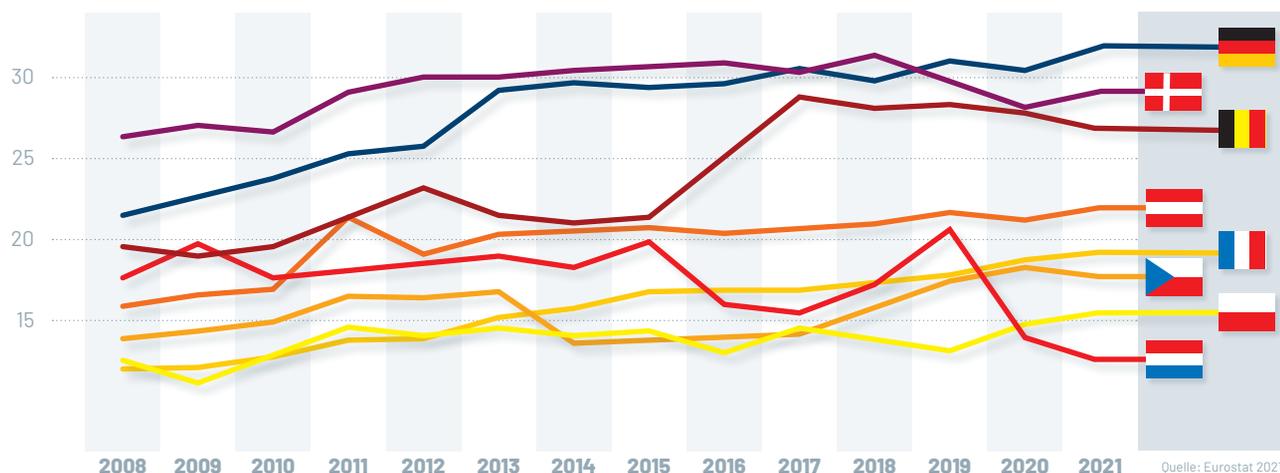
Aus all diesen politischen Entscheidungen resultieren die seit Jahren anhaltende erhebliche Verteuerung von Strom für private Endverbraucher ebenso wie die zunehmende Unsicherheit und Instabilität der Stromversorgung. Die hohen Strompreise sind direkte Folge insbesondere des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Preistreiber war hier zunächst die von den Stromkunden zu bezahlende sogenannte EEG-Umlage, mit der eine festgelegte Vergütung für die Betreiber von »erneuerbare-Energien-Anlagen« wie Wind- oder Solarkraftwerken finanziert wurde. Angesichts der jüngsten Explosion der Strompreise wurde die EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 zwar auf null reduziert,³ wird jedoch nunmehr durch Steuergelder finanziert, die wiederum die Verbraucher

³ Die Kosten der EEG-Vergütung werden seit Mitte 2022 nicht mehr über die Stromrechnung der Kunden, sondern über Steuern finanziert, die bekanntlich von den Bürgern bezahlt werden. Im Übrigen wurde die Einsparung durch die Reduktion der EEG-Umlage von der Preiseskalation rasch wieder eingeholt.

Strompreise in Europa

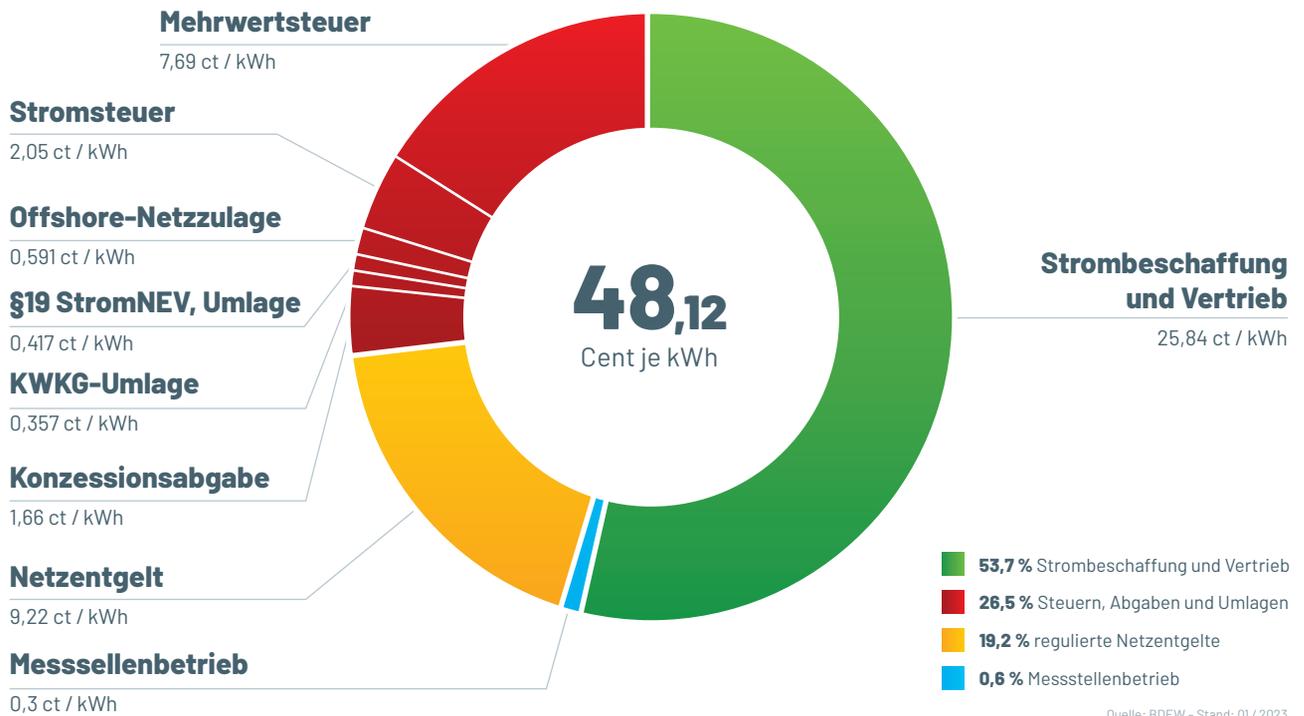
€-Cent pro kWh (inkl. Steuern und Abgaben)

Strompreise für private Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch zwischen 2.500 und 5.000 kWh.



<https://www.adler-immobilien-service.de/warum-sind-die-strompreise-in-europa-so-unterschiedlich>

Zusammensetzung des Strompreises



aufbringen. Andere gesetzlich begründete Kostenfaktoren bleiben zudem erhalten. Private Stromkunden zahlen in Deutschland auch weiterhin weit überdurchschnittlich hohe Strompreise. Das findet seinen

Grund darin, dass nicht nur der Preisanteil staatlicher Abgaben, Umlagen und Steuern in Deutschland besonders hoch ist (gegenwärtig etwa 27 Prozent), sondern auch die staatlich regulierten Netzentgelte (inklusive

den Entgelten für Messstellenbetrieb und Messung) kräftig zu Buche schlagen (mit etwa 20 Prozent). Mit dem für die »Energiewende« benötigten Netzausbau wird der Strompreis noch einmal deutlich ansteigen.



Was ist Flüssigerdgas?

Flüssigerdgas (LNG = Liquefied Natural Gas) ist verflüssigtes Erdgas. Es wird produziert, indem das Gas unter sehr hohem Energieeinsatz auf minus 161 bis 164 Grad Celsius herabgekühlt wird. Dadurch wird es flüssig und sein Volumen verringert sich um das 600-fache. In dieser Form wird es auf LNG-Tankschiffen transportiert. Um genutzt werden zu können, muss das verflüssigte Gas von den Schiffen gepumpt, wieder in seine Gasform überführt und in das Gasnetz eingeleitet werden. Dies erfolgt in sogenannten LNG-Terminals. Bis vor kurzem verfügte Deutschland nicht über ein LNG-Terminal, bis Ende 2023 sollen vier in Betrieb genommen sein. Bei der Rückwandlung in Gasform werden teilweise

umweltschädliche Verfahren eingesetzt. Überaus ressourcenintensiv und umweltschädlich ist auch die Gewinnung des als LNG genutzten Erdgases, das mittels der Fracking-Methode gewonnen wird.¹ Dieses Verfahren, bei dem das Gas unter Einsatz unter anderem von Chemikalien aus tiefen Gesteinsschichten gepresst wird, findet insbesondere in den USA Anwendung.

Im Vergleich zu dem in Leitungen transportierten Erdgas, das Deutschland bisher vor allem aus Russland erhielt, sind Gewinnung und Transport des per Schiff beförderten Flüssigerdgases deutlich teurer und umweltschädlicher. Durch die weltweit erheblich gestiegene Nachfrage steigen die Preise für LNG zur Zeit rasant an.

¹ Siehe dazu Sandra Kirchner, Gas-Krise lässt Fracking boomen: LNG mit katastrophalen Folgen, <https://www.fr.de/politik/erd-gas-krise-foerderung-preis-fracking-fluessig-gas-lng-usa-klima-91876401.html> vom 28.10.2022 oder Nadja Podbregar, Fracking setzt mehr Methan frei als gedacht, <https://www.wissenschaft.de/erde-umwelt/fracking-setzt-mehr-methan-frei-als-gedacht/> vom 16.08.2019.



Gegenwärtig sind allerdings die Beschaffungskosten für Strom außergewöhnlich hoch, was seinerseits wiederum im Wesentlichen eine Folge politischer Entscheidungen und nicht etwa wirtschaftlicher Entwicklungen ist: Der Wegfall der Kernkraftverstromung und der nunmehr forcierte Ausstieg aus der Kohleverstromung haben namentlich zur Folge, dass die Bedeutung grundlastfähiger

Gaskraftwerke für die Stromgewinnung im Prinzip zugenommen hat und weiter zunimmt. Das Erdgas, mit dem diese Kraftwerke betrieben werden, kam in der Vergangenheit zu günstigen Preisen und umweltfreundlich vor allen Dingen aus Russland. Dieses preiswerte Gas steht aufgrund der Sanktionspolitik gegenüber Russland infolge des Ukrainekrieges sowie dank des Sabotageaktes gegen die Erd-

gasleitungen NordStream 1 und 2 im September 2022 bis auf weiteres nicht zur Verfügung. Die Folge hiervon ist, dass nun deutlich teureres Gas, insbesondere in Form von Flüssigerdgas (LNG), nach Deutschland importiert werden muss und neue Abhängigkeiten von gasexportierenden Ländern wie den USA, Deutschlands gegenwärtigem LNG-Hauptlieferanten, entstehen.

Die problematische Situation der Gasversorgung schlägt sich unmittelbar auch auf die Entwicklung der Heizkosten von Privathaushalten nieder. Zudem verschärft die sogenannte Merit-Order-Regel den Preisanstieg, weil der preisintensivste Energieträger den Preis bestimmt.

Aber nicht nur Haushalte sind von der erheblichen Verteuerung der Energie betroffen, sondern auch Wirtschaftsunternehmen, und zwar keineswegs allein sogenannte ener-

gieintensive, sondern generell gerade auch klein- und mittelständische Unternehmen. Viele von ihnen werden durch die explodierenden Energiepreise in ihrer Existenz gefährdet; manche haben die Möglichkeit, ins Ausland abzuwandern, andere müssen – wie etwa Hellma Materials in Jena – schlicht und ergreifend aufgeben.

Die von der Altparteienpolitik angestrebte vollständige Umstellung der Stromwirtschaft auf Stromerzeugung ausschließlich aus regenerativen

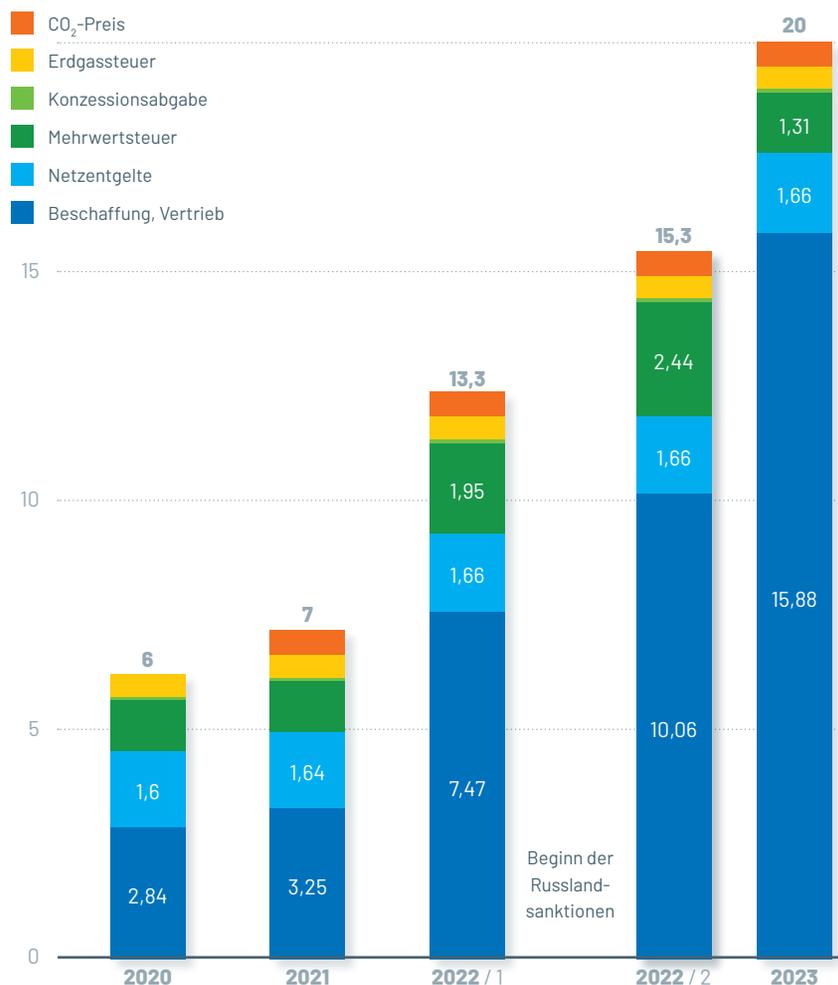
Quellen, und zwar insbesondere aus Windkraft und Sonnenlicht, führt zu einer zunehmenden Gefährdung der Versorgungssicherheit und zum Anstieg des »Blackout«-Risikos.

Die Versorgungssicherheit ist deshalb gefährdet, weil die Stromgewinnung aus Windkraft und Sonnenlicht wetterabhängig ist. Weht kein Wind, dann liefert ein Windrad keinen Strom. Ist es bewölkt oder dunkel, dann liefern Fotovoltaikanlagen (Solarzellen) keinen Strom. Die entsprechende Stromgewinnung ist mit anderen Worten erstens nicht grundlastfähig und zweitens nicht steuerbar:

Grundlastfähig sind Kraftwerke, die elektrische Energie dauerhaft und ohne längere oder häufige Unterbrechung bereitstellen können. Steuerbar sind Kraftwerke, die elektrische Energie bedarfsgerecht bereitstellen können. Den schwarzstartfähigen Erzeugungsträgern kommt dabei eine besondere Rolle zu, denn nur diese können unabhängig von Stromnetz oder Wetter vom Stillstand aus hochgefahren werden. Da Windkraft- und Solarkraftwerken weder grundlastfähig noch steuerbar sind, muss neben den Anlagen für »erneuerbare« Stromgewinnung eine Infrastruktur konventioneller Kraftwerke (Kohle- und Gaskraftwerke, Stromimporte aus konventionellen Kraftwerken wie etwa französischen Kern-

Gaspreisentwicklung in Deutschland

Durchschnittlicher Erdgaspreis in €-Cent für Haushalte im EFH mit Jahresverbrauch 20.000 kWh



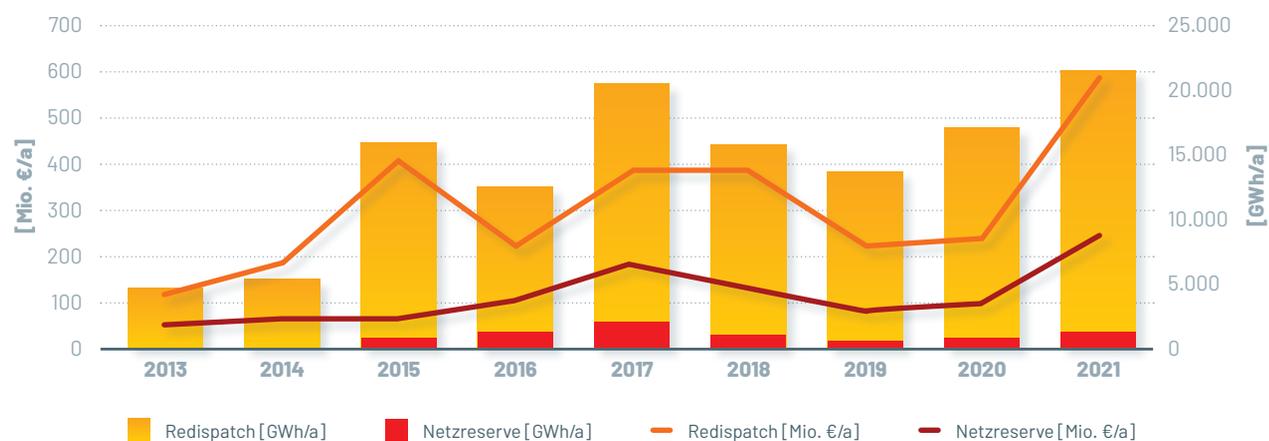
kraftanlagen) aufrechterhalten werden, die immer dann Strom zur Verfügung stellen, wenn von den »Erneuerbaren« kein oder zu wenig Strom geliefert wird. Die »Erneuerbaren« produzieren aber auch das umgekehrte Problem: Weht ein kräftiger Wind bei hellem Sonnenschein, dann kann es geschehen, dass Wind- und Solarkraftwerke mehr Strom produzieren, als

aktuell gebraucht wird und sie damit das Stromnetz überlasten. Um einer solchen Überlastung entgegenzuwirken, müssen technische Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden (Engpassmanagement). Die »Redispatch« genannten Maßnahmen sind dabei nicht nur technisch aufwendig, sondern auch kostspielig. Die so entstehenden Kosten werden selbst-

redend auf die Verbraucher umgelegt. Sie stiegen seit Beginn der »Energiewende« langfristig unentwegt, und ungeachtet der Versprechungen von Energiewendepolitikern wird sich am Trend der Kostensteigerung bis auf weiteres nichts ändern, zumal die Anzahl der entsprechenden technischen Regulierungseingriffe mit dem Ausbau der »Erneuerbaren« weiter an-

Volumen und Kosten des Engpassmanagements

unterteilt in Redispatch und Netzreserve



Quelle: aus: BDEW, Redispatch in Deutschland. Auswertung der Transparenzdaten April 2013 bis einschließlich Dezember 2021, Berlin 2022, 9; https://www.bdew.de/media/documents/Awh_20220728_BerichtRedispatch.pdf

steigen wird.

Diese Entwicklung ist eine unmittelbare Folge des »Flutterstroms« den die »Erneuerbaren« liefern, also des elektrischen Stroms, der (je nach Wetter) einmal da ist und einmal nicht, und der, wenn er da ist, auch gerne mal in zu geringen oder aber zu hohen Mengen eingespeist wird – also hoch und runter »flattert«. Der bei der Vermarktung der

Energiewende bemühte Spruch, dass Sonne und Wind »keine Rechnung« stellen würden, ist durch die Realitäten längst widerlegt.

Es liegt auf der Hand, dass solche Bedingungen: also eine teure und zunehmend weniger zuverlässige Energieversorgung für ein Hochtechnologie- und Hochindustrieland außerordentlich ungünstig sind. Schon

heute müssen Betriebe ihre Produktion bisweilen herunterfahren, wenn Schwankungen bzw. Versorgungsengpässe im Stromnetz auftreten. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/industriebetriebe-kurzzeitig-vom-stromnetz-genommen-17487869.html>] Eine solche Stromabschaltung (»Lastabwurf«) wird insbesondere dann erforderlich, wenn im

Netz weniger Strom zur Verfügung steht, als gerade gebraucht wird. Dass Unternehmen, die dazu die Möglichkeit haben, unter den Bedingungen einer solchen Energiemangelwirtschaft ins Ausland abwandern, ist eine naheliegende Reaktion auf die Umstände. Andere Unternehmen dagegen, die solche Möglichkeiten nicht haben, sehen sich infolge der Energiewendepolitik genötigt, aufzugeben. Stromabschaltungen müssen im Übrigen keineswegs auf Wirtschaftsbetriebe beschränkt bleiben: Letztlich kann im »Fall der Fälle« auch Privathaushalten der Strom abgeschaltet werden. Tatsächlich wird längst über eine entsprechende Mangelverwaltung nachgedacht, wobei man beschönigend von »Smartnet« oder »Digitalisierung« spricht, aber letztlich Stromverbrauchssteuerung privater Haushalte oder genauer: Verbrauchersteuerung im Blick hat. Die »Energiewende« ist daher auch eine Wende von der Markt- in die Planwirtschaft und von der Verbrauchersouveränität zur Bevormundung und Ent-

rechtung.

Die skizzierte Strommangellage wird sich zudem noch dadurch verschärfen, dass die politisch forcierte Elektromobilität, die Zunahme des Einbaus von Wärmepumpen oder die weitere Ausbreitung elektronischer Geräte den Stromverbrauch in den kommenden Jahren strukturell erheblich ansteigen lassen werden.⁴ Daher setzt die Bundesnetzagentur auf die Möglichkeit, dass Stromanbieter bei Engpässen die Stromzufuhr für E-Fahrzeuge oder Wärmepumpen drosseln können. Dann sitzen betroffene Verbraucher eben im Kalten oder können mit ihrem E-Auto nicht zur Arbeit fahren. Die Perspektive, die der weitere Ausbau der »Erneuerbaren« also bietet, ist diejenige einer angebotsabhängigen Stromversorgung anstatt einer nachfrageabhängigen. Ein zuverlässig und konstant zur Verfügung stehendes Stromangebot ist Vergangenheit. Strom steht künftig in zunehmendem Maße (wie in einem Entwicklungsland) nur so lange zur Verfügung, solange genügend davon produziert wird

– so lange also irgendwo hinreichend Wind weht bzw. die Sonne scheint. Empfindliche und nach festen Abläufen organisierte Produktionsprozesse und überhaupt das Wirtschaftsleben einer komplexen Industriegesellschaft sind mit einer solchen Perspektive kaum zu vereinbaren. Die »Energiewende« stellt insoweit ein Programm zur Deindustrialisierung und einen Angriff auf unser Wirtschaftssystem dar, auf dem der gesellschaftliche Wohlstand und der soziale Frieden Deutschlands beruhen.

Vor diesem Hintergrund kann man heute eine klare Bilanz ziehen: Die »Energiewende« muss als gescheitert betrachtet werden, und jeder Tag, an dem dieses politische Experiment weiterverfolgt wird, bedeutet eine weitere Untergrabung von Wirtschaft, Wohlstand, sozialer Sicherheit und Lebensqualität in Deutschland und die Fortsetzung von irreversibler Naturzerstörung.

⁴ Die »Ampel«-Bundesregierung geht mittlerweile von einem Anstieg des Bruttostromverbrauchs Deutschlands auf 750 TWh pro Jahr aus (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/energiewende-beschleunigen-2040310#:~:text=Denn%20Industrieprozesse%2C%20W%C3%A4rmeerzeugung%20und%20Verkehr,Bruttostromverbrauch%20von%20etwa%20750%20TWh%20 vom 15.03.2023>). Im Jahr 2018 lag dieser Verbrauch bei 595 TWh. Haupttreiber für den Anstieg des Stromverbrauchs dürften namentlich die zunehmende Elektrifizierung des Verkehrs oder der Betrieb elektrischer Wärmepumpen in Gebäuden und Wärmenetzen sein.

»Energiewende«:

Die Zerstörung der Natur

Verteidiger der »Energiewende« sprechen gerne davon, dass die »erneuerbare« Energiegewinnung im Unterschied zur konventionellen Energiegewinnung nachhaltig sei. Das ist allerdings eine Irreführung. Tatsächlich nämlich ist Naturzerstörung eine zwingende Begleiterscheinung der »Energiewende«. Bereits die Gewinnung der Rohstoffe, die zum Bau von Windkraft- oder Fotovoltaikanlagen benötigt werden, hat gewaltige Naturzerstörungen zur Folge. Der Bau dieser Anlagen

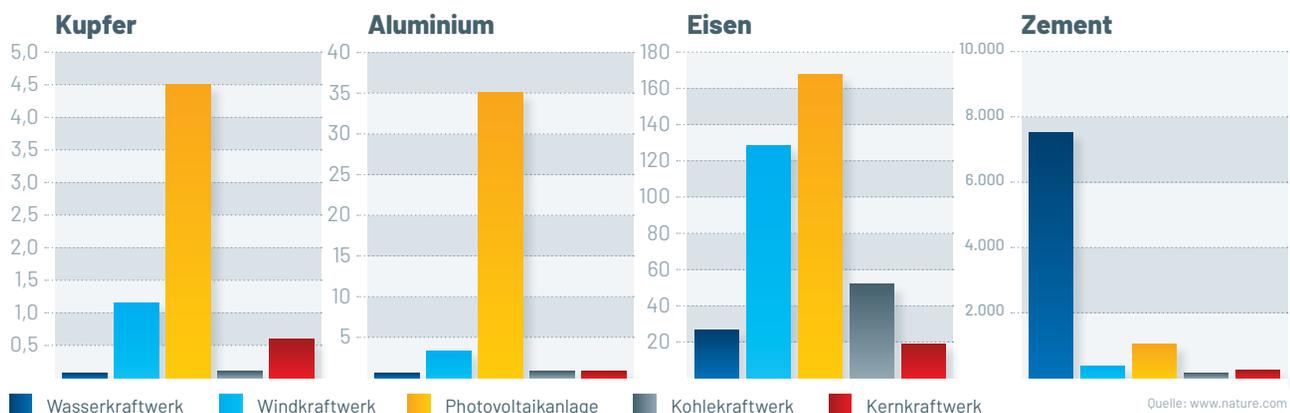
nämlich ist überaus material- und ressourcenintensiv.

Die Gewinnung der benötigten Metalle/Halbmalle (wie Kupfer oder Eisen), namentlich auch der Stoffe aus sogenannten seltenen Erden (wie Neodym, Dysprosium oder Gallium), ist nicht nur selbst überaus energie- und ressourcenintensiv, sondern sie hat direkt ökologische Schädigungen großen Ausmaßes zur Folge. Zur Gewinnung von Kupfer beispielsweise muss zunächst das kupferhaltige Ge-

stein gesprengt werden. Dabei wird giftiger Kupferstaub freigesetzt. Zudem können Abwässer giftige Schwermetalle enthalten, sofern sie nicht aufwendig gereinigt werden. Generell erfordert der Kupferabbau sehr viel Wasser, was in den Abbaueregionen etwa in Chile zu Trockenheit und entsprechenden Ernteeinbußen der Landwirtschaft führt. Wegen des hohen Wasserbedarfs wird von den Bergbaufirmen unter Umständen sogar Meerwasser über viele Kilometer zu den Kupferberg-

Rohstoffbedarf für den Bau von Kraftwerken und Energieanlagen

Angaben in Tonnen pro Megawatt





Kinderarbeit ist bei der Kobaltgewinnung – wie hier im Kongo – keine Seltenheit.

werken gepumpt und entsalzt – unter großem Energieeinsatz vor allem aus konventionellen Energiequellen und einem entsprechenden CO₂-Ausstoß. Auch die Rohstoffe für den Bau von Elektroautos (z.B. Kobalt oder Lithium) werden ohne Rücksichtnahme auf die Umwelt abgebaut. Und nicht nur die Umwelt leidet: Auch die Menschen vor Ort werden vielfach in Mitleidenschaft gezogen. Im Kongo, einem Hauptlieferanten des giftigen Kobalts, spielt die Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsschutzbestimmungen zugunsten der Minenarbeiter (bei denen es sich auch um Kinder handelt) keine große

Rolle, manche Mine wird dort ohnehin illegal betrieben.⁵

Allerdings: All diese Naturzerstörungen, die der Umsetzung der deutschen »Energiewende« dienen, finden in fernen Ländern statt. Und weil das eben dort und nicht hier geschieht, haben die »Klimaretter« der »Energiewende« damit auch kein Problem. In diesem Umstand wiederum kommt ein zentrales Merkmal der »Energiewende«-Politik zum Vorschein, nämlich die heuchlerische Doppelmoral, auf der sie beruht.

Aber die »Energiewende« führt keineswegs nur in anderen Län-

dern zur Zerstörung der Natur. Auch in Deutschland selbst geht mit ihr eine Naturzerstörung von gigantischen Ausmaßen einher. Exemplarisch kann man sich das an den ökologischen Begleiterscheinungen des Windrädlerbaus veranschaulichen. Dem Betrieb der Anlagen fallen vor allem Vögel, Fledermäuse und Insekten zum Opfer.

Aufgrund der geringen Energiedichte des Windes erfordert eine Stromgewinnung aus Windkraft in größerem Stil den Bau sehr vieler Windkraftanlagen. Gegenwärtig stehen in Deutschland etwa 30.000 Windkraftanlagen und es sollen noch viel mehr werden. In Thüringen

⁵ Siehe dazu Christoph Sackmann, Drei Wege, wie das E-Auto durch das Rohstoff-Nadelöhr kommt, https://www.focus.de/auto/elektroauto/knappe-vorkommen-problematische-foerderung-lithium-kobalt-nickel-wo-die-rohstoffe-fuer-die-e-auto-wende-herkommen-sollen_id_184540748.html vom 03.02.2023; Claudia Vallentin, Ohne diese Rohstoffe werden wir nicht klimaneutral, <https://www.zeit.de/wissen/2022-05/energiewende-rohstoffe-metalle-kobalt> vom 27.05.2022; Rohstoffe für die Energiewende. Menschenrechtliche und ökologische Verantwortung in einem Zukunftsmarkt, hrsg. vom Bischöflichen Missionswerk MISEREOR, Aachen 2018.

soll der Ausbau auf 2,2 Prozent der Landesfläche erfolgen.

Für den Bau einer Windkraftanlage wird nicht nur eine große Menge hochwertigen Materials, sondern es wird auch eine enorme Fläche benötigt, die dann versiegelt ist:

Für eine Enercon-Anlage mit 3,2 Megawatt Nennleistung und 130 Meter Nabenhöhe wird folgendes Material verarbeitet:⁶

Verbundmaterial
(Rotorblätter): **29 t**
Kupfer: 12 t
Aluminium: 1,3 t
Gusseisen: 73 t
Stahl: 283 t
Beton: 1.750 t

Die Masse des »Windrads« beträgt also etwa 2.150 Tonnen. Zum Vergleich: Zwei große 10-Zylinder-Dieselmotoren, die eine diesem Windrad vergleichbare Leistung erbringen, wiegen drei Tonnen. Anders als das Windrad liefern diese Motoren ihre Leistung aber konstant und wetterunabhängig.

Je nach Größe der Anlage variieren die benötigte Fläche und die verbaute Menge an Beton und Stahl für das Fundament. Dementsprechend findet man unterschiedliche Angaben. Als Orientierung kann man davon ausgehen, dass das Fundament einer Windkraftanlage etwa vier Meter tief in die Erde gelegt wird, ca. 25 Quadratmeter im Durchmesser misst und

etwa 800 m³ Beton verbraucht. Die versiegelte Fläche eines solchen Fundaments beträgt etwa 500 m². Allerdings kommt zu dieser Fläche noch eine weitere dauerhaft verbaute Fläche von bis zu 5000 m² hinzu, nämlich die Stellfläche für den Montagekran, die ebenfalls aus Beton gefertigt wird. Außerdem werden Zufahrtswege angelegt, was ebenfalls eine Flächenversiegelung bedeutet.

Negative ökologische Folgen des Windkraftausbaus verursacht auch die Problematik der Entsorgung von Windkraftanlagen, die nach 20 bis 30 Jahren außer Betrieb genommen werden. Zunächst einmal ersparen sich die Betreiber gerne die Entsorgung, weshalb die gigantischen Stahlbetonsockel von gänzlich rückgebauten Anlagen in der Regel im Boden verbleiben, nicht wiederverwertet werden und noch auf Jahrhunderte zur Versiegelung führen. Ein erheblicher Teil des Materials einer abgebauten Anlage ist im Übrigen praktisch nicht recyclebar. Dies gilt insbesondere für die gigantischen, bis zu 50 Meter langen und 25 Tonnen schweren Rotorblätter. Diese bestehen aus einem Materialmix, der sich kaum in seine Bestandteile zerlegen lässt. Es handelt sich um Faserverbundstoffe, die mit Harzen und weiteren Stoffen (Lacke, Kunststoffschäum, diverse Metalle) vermischt bzw. verbaut werden.

Die Carbonfasern können auf Deponien ebenso wenig abgebaut werden wie in der Natur, ja sie sind noch nicht einmal vollständig zu verbrennen. Eine theoretisch mögliche Weiterverwendung hingegen ist nicht zuletzt deshalb problematisch, weil die verarbeiteten Stoffe wie die Carbonfasern teilweise überaus gesundheitsgefährdend wirken. So ist noch weitgehend ungeklärt, was mit dem künftig vermehrt anfallenden Rotoren-Abfall (in den nächsten Jahren 45.000 Rotorblätter) geschehen wird. Es würde zur Doppelmoral der »Energiewende«-Politik passen, wenn der deutsche Windrad-Müll ins Ausland verschifft würde – nach dem Motto »aus den Augen, aus dem Sinn«. Die von der Windkraft-Industrie in Aussicht gestellten abfallfreien Anlagen jedenfalls gibt es bisher nur auf dem Papier.

Der materialintensive Windkraftausbau wirkt sich schädigend auf das jeweilige Ökosystem aus, so etwa werden Wasserkreisläufe gestört, die regionale Flora und Fauna in vielfacher Weise beeinträchtigt, die Bodenqualität verschlechtert. Die Geräusche der Windkraftanlagen (Infraschall) können die menschliche Gesundheit gefährden und der Lauf der Rotorblätter (die bis zu 340 km/h erreichen) bedroht Tiere. Insekten werden massenweise vernichtet und besonders Vögel und Fle-

⁶ Angaben nach Frank Henning, *Materialschlacht. Traum und Wirklichkeit*, in: *Tichys Einblick* 04/2022, 64 f., hier: 64

»Grüner« Sondermüll

Seltene Erden: **2 Tonnen**

Aluminium:
1,3 Tonnen

Kupfer: **12 Tonnen**

Weitere Materialien:

- Zink
- Molybdän

Stahl: **283 Tonnen**

Beton: **1.750 Tonnen**

Größenvergleich:



Nicht recycelbare Rotorblätter werden in Wyoming einfach vergraben. Darin enthalten sind Epoxidharze, die giftige Stoffe wie Bisphenol A enthalten.



Greifvögel gehören zu den häufigsten Opfern von Windkraftanlagen. In Deutschland sind es unter anderem Rotmilane, Wiesenweihen und Seeadler, die in den Rotoren verunglücken.

dermäuse sind Opfer der Windkraft: Abertausende von ihnen werden jährlich »geschreddert« oder durch die Luftdruckverhältnisse in der Nähe der sich drehenden Rotorblätter getötet (»Barotrauma«).⁷ So erweist sich die Windkraftnutzung als direkter Angriff auf die Biodiversität, deren Schutz und Förderung eines der zentralen Ziele der Umweltpolitik darstellt.

Insbesondere auf das hochkomplexe Ökosystem unserer Wälder, die nun in zunehmendem Maße in das Visier der »Energiewende«-Industrie geraten, wirkt sich der Ausbau von Windkraftanlagen verheerend aus. Die angestrebte Verwandlung

des Naturraumes Wald in eine Industriezone bedeutet einen widersinnigen Frevel an unserer Natur. Durch die Rodung und Zerschneidung der Wälder für den Windkraftausbau wird der Wald nicht nur als Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen zerstört, sondern auch etwa die klimatische Funktion des Waldes wird beeinträchtigt, dient doch der Wald beispielsweise der Reinigung der Luft, der Produktion von Sauerstoff (durch Abbau von CO₂) oder der Speicherung und Reinigung von Wasser.

Zudem erfüllt der Wald für die Menschen eine wichtige Funktion als Erholungsraum und ist

Bestandteil der touristischen Attraktivität einer Region. Besucher zieht es nicht wegen der öden Windparks nach Thüringen, sondern wegen der großartigen Natur etwa des Thüringer Waldes, der Rhön oder des Nationalparks Hainich. Die Windausbaupläne der Landes- und der Bundesregierung bedrohen in immer größerem Umfang auch diese Regionen und damit nicht zuletzt den Thüringer Tourismus. Immerhin streben die »Energiewende«-Politiker des Bundes und des Freistaats an, mehr als zwei Prozent der Landesfläche mit Windkraftanlagen zuzubauen. Gegenwärtig stehen im eher windarmen Thüringen

⁷ Siehe dazu etwa Wilhelm Breuer, Lizenz zum Töten. Das Ausmaß von Tierverlusten an Windenergieanlagen, in: Nationalpark 4/2015, 30-33; Martin Flade, Das große Sterben. Die »Energiewende« – ein Desaster für den Vogelschutz, in: Georg Etscheid (Hrsg.) Geopferte Landschaften. Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört, 2. Auflage, München 2016, 173-186.

etwa 860 Windkraftanlagen, die 0,4 Prozent der Landesfläche einnehmen. Zum Vergleich: Alle Wasserflächen Thüringens zusammen machen 1,25 Prozent der Landesfläche aus.

Es ist unbestreitbar: Der »ökologischer Fußabdruck« der Windenergiegewinnung ist beschämend und die »Energiewende« erweist sich mit ihren nicht wieder gut zu machenden Verwüstungen der Kulturlandschaft unserer nicht-urbanisierten Regionen als ungeheuerlicher Frevel, der (wie im Falle des »Greiner Ecks« im Odenwald) nicht einmal vor geschütztem UNESCO-Weltnaturerbe zurückschreckt und ohne weiteres bereit ist, Natur und Umwelt zu opfern.

Das Argument übrigens, dass Industrialisierung und zivilisatorischer Fortschritt schon immer zum Umbau der Landschaften und Naturräume ge-

führt hätten, ist irreführend: Der Flächenverbrauch von Windkraftanlagen und Solarfeldern ist in seinem Umfang schlicht ohne historisches Vorbild. Zudem haben sich Industriebauten und Verkehrswege meist in landschaftliche und geographische Gegebenheiten eingepasst. Das ist bei großflächigen Windkraftfeldern mit Anlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 240 Metern überhaupt nicht möglich. Solche Windkraftfelder zerstören per se den Lebensraum der Menschen.

Dies hat generell schädliche Auswirkungen auf die Ökologie des Menschen, beispielsweise indem die Natur als Raum der Entschleunigung, der Formenvielfalt oder der ungestörten Ruhe in einen industriellen Raum der Ruhelosigkeit, des Lärms und der Eintönigkeit verwandelt wird. Aber auch darüber hinaus zeitigt der Betrieb

zahlloser Windkraftanlagen negative gesundheitlichen Folgen nicht nur für Tiere, sondern gerade auch für die Menschen. Der von den Anlagen erzeugte Infraschall beispielsweise wirkt sich vielfach auf Gesundheit und Lebensqualität von Menschen aus, die in der Nähe von Windkraftanlagen leben.

Die ökologischen Schäden, die die »Energiewende« zur Folge hat, beschränken sich nicht allein auf die Folgen der Windenergiegewinnung. Der durch die »Energiewende« forcierte Anbau von Bioenergiepflanzen etwa wirkt sich ebenfalls negativ auf die Biodiversität und den Artenschutz aus. Die umweltpolitischen Vorhaben des Biodiversitätsschutzes werden gerade auch durch die Umsetzung der ideologischen »Energiewende« konterkariert – der Naturschutz bleibt auf der Strecke.

Gesellschaftliche Folgen:

Unfreiheit und Armut

Die »Energiewende« hat Deutschland auf den Weg der Deindustrialisierung geführt. Der Anstieg von Betriebsinsolvenzen in den zurückliegenden Monaten geht nicht zuletzt auf das Konto der »Energiewende«-Politik.

Deindustrialisierung bedeutet unter anderem Arbeitslosigkeit oder ein steigendes Armutsrisiko für viele Menschen. Darüber hinaus steht sie für einen generellen gesellschaftlichen Wohlstandsverlust und für die Verminderung der Lebensqualität breiter Bevölkerungskreise.

Die drastisch gestiegenen Ener-

giekosten wirken sich nicht nur direkt auf die Strom- und Heizrechnungen von Mietern und Wohnungsbesitzern oder die Tankrechnungen von Autofahrern aus, sondern sie tragen auch zur Verteuerung von Waren (insbesondere auch Lebensmitteln) und Dienstleistungen bei und treiben die Inflation an. Hinzu kommt, dass nunmehr eine »Wärmewende« umgesetzt werden soll. Die Politik dieser »Wärmewende« wird nicht nur von Bundes- und Landesregierungen, sondern maßgeblich auch von der EU betrieben, die mit ihren entsprechenden Vor-

schriften tief in das Leben der Menschen und in die Wirtschaft eingreift.

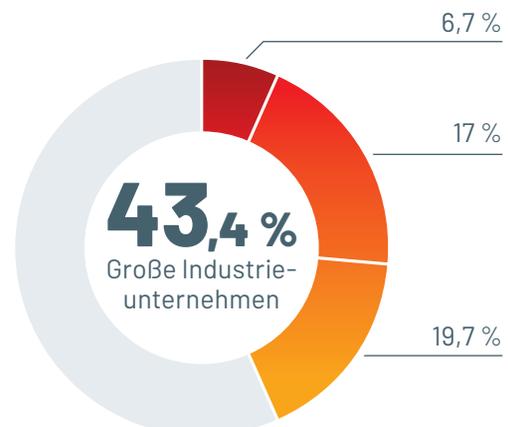
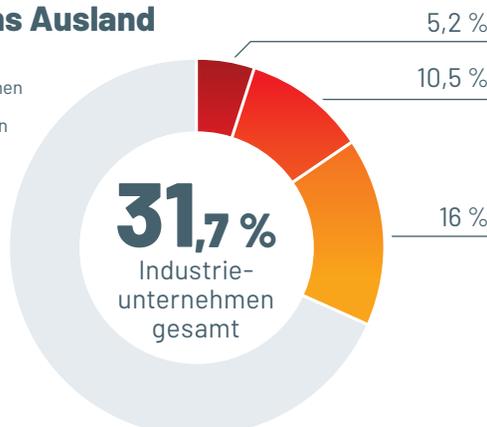
Finanzielle Sorgen der Menschen sind also unmittelbare Folge der »Energiewende«, die viele Menschen zwingt, in allen Lebensbereichen zu sparen. Einer Umfrage zufolge sparen die Deutschen wegen der Verteuerung von Energie vor allem im Energiebereich (76 Prozent). Auf Restaurant-, Kneipen- oder Barbesuche verzichten 61 Prozent der Befragten und beim Urlaub sparen 56 Prozent.

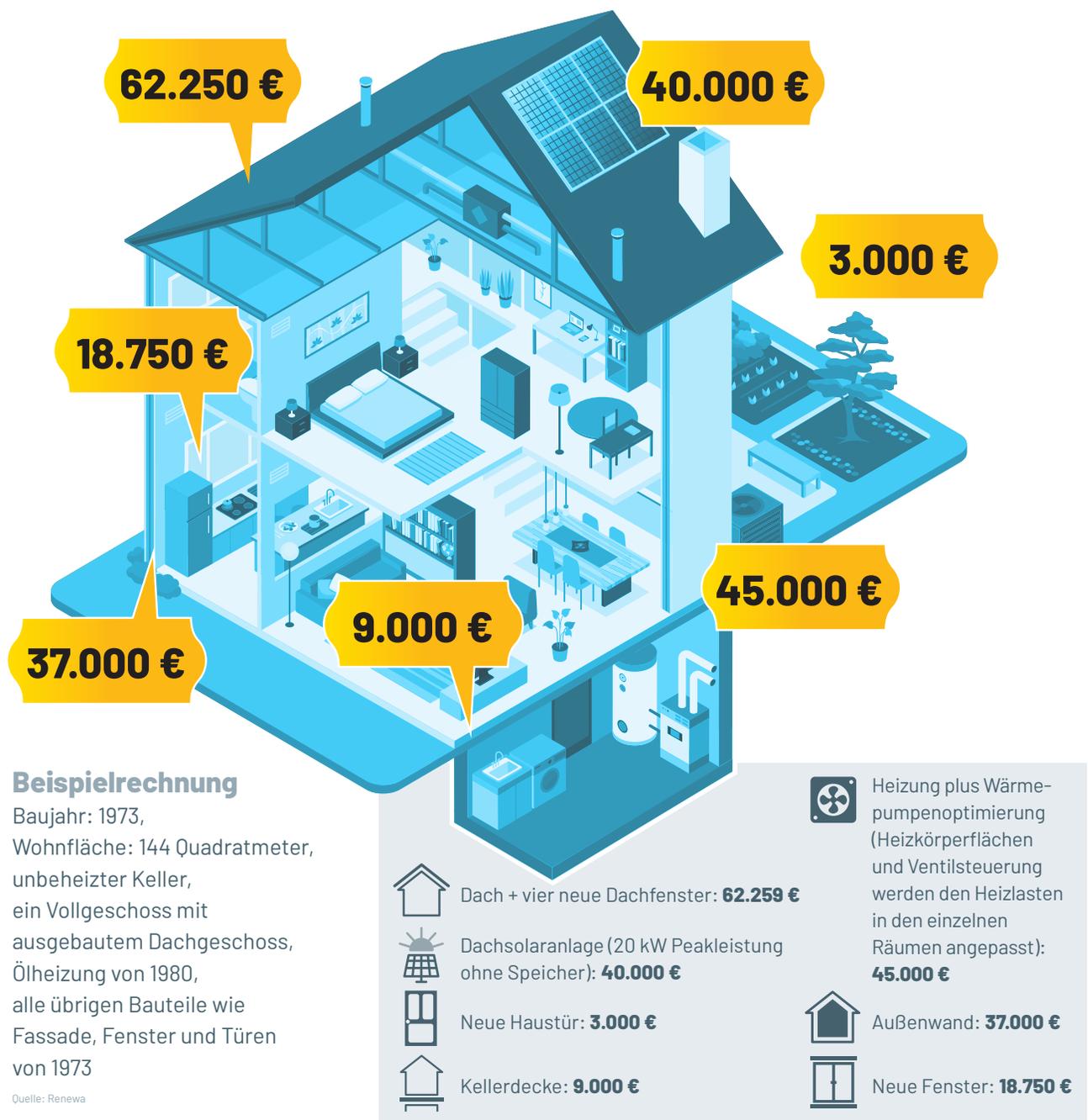
Die »Wärmewende« zielt darauf ab, die Gebäudebeheizung

Industrieflucht ins Ausland

- Bereits realisierte Maßnahmen
- Aktuell laufende Maßnahmen
- Geplante Maßnahmen

Quelle: Energiewende-Barometer 2023 / IHK





deutschlandweit auf sogenannte erneuerbare Energiequellen umzustellen und das über Jahrzehnte bewährte System der Beheizung mit konventionellen Gas- und Ölheizungsanlagen sowie Fernwärme auf den Kopf zu stellen. Herkömmliche Heizungsanlagen werden letztlich verboten. Die entsprechende Transformation soll insbesondere durch die flächendeckende Installation von Wärmepumpen bewältigt werden, die zu ihrem

Betrieb den in Deutschland besonders teuren Strom benötigen (und keineswegs »CO₂-neutral« arbeiten). Neben den zahllosen technischen, logistischen und praktischen Problemen, die eine derart massenhafte Installation von Wärmepumpen mit sich bringt, ist die Umsetzung dieses Projektes nicht nur mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand für die Kommunen verbunden, die nämlich unter Strafandrohung »Wärme-

pläne« zu erstellen haben. Vor allem aber bringt das Projekt für Haus- und Wohnungsbesitzer immense Kosten mit sich. Eine Wärmepumpe ist mit ca. 15.000 Euro bereits in der Anschaffung etwa doppelt so teuer wie eine Gasheizung, und bei bestehenden Gebäuden erfordert ihr Betrieb z.B. Umrüstungsmaßnahmen bei Heizkörpern oder den Einbau von Fußbodenheizungen. Auf Mieter kommen dramatische Mieterhöhungen

und Nebenkostenaufschläge zu, wenn die staatlich erzwungenen Sanierungskosten auf sie umgelegt werden.

Die entsprechenden rechtlichen Vorschriften, die den Sanierungszwang für Haus- und Wohnungsbesitzer regeln, bedeuten einen erheblichen Eingriff in die Eigentums- und Freiheitsrechte der Bürger und werden sich für diejenigen de facto als Enteignung auswirken, die sich die teure Sanierung nicht leisten können und gezwungen sind, ihr Wohneigentum zu verkaufen.

Die »Wärmewende«-Transformation setzt allerdings nicht allein auf den Einbau von Wärmepumpen. Vielmehr sollen Gasheizungen auch weiterhin benutzt werden können, allerdings nur, sofern diese mit Wasserstoff betrieben werden können. Allerdings ist der Wirkungsgrad des Wasserstoffs geringer als der von anderen Energieerzeugungsarten, dagegen ist der Ressourcenverbrauch unter anderem von Seltenen Erden relativ groß. Das bedeutet wiederum hohe Kosten. Im Übrigen wird für entsprechende Lösungen und Umstrukturierungen eine Wasserstoff-Infrastruktur benötigt, die es in Deutschland schlicht und ergreifend auf absehbare Zeit nicht geben und deren Aufbau

Unsummen an Geld verschlingen wird – in einer Zeit rückläufiger Wirtschaftsleistung Deutschlands und vor dem Hintergrund der sich vollziehenden Deindustrialisierung erweisen sich entsprechende Pläne als utopisch.

»Wärmewende« bedeutet zusammengefasst die Verfolgung unbezahlbarer Utopien einerseits und andererseits, dass die Bürger nicht mehr frei entscheiden können, wie sie ihre Wohnungen beheizen und wie sie ihre Häuser bauen. Diese Entscheidungen trifft der vormundschafftliche Staat zum Wohle nicht etwa der Menschen, sondern zum Wohle der »Energiewende« und der angeblichen »Klimarettung«.

Die Politik nimmt den Menschen auch die Entscheidung darüber, welche Art von Auto sie fahren wollen, ob Benzin-, Diesel- oder Elektroauto: In der Europäischen Union dürfen infolge einer EU-Regelung ab 2035 keine neuen, mit fossilem Diesel oder Benzin betankten Pkw bzw. Kleintransporter mehr neu zugelassen werden, weil diese CO₂ ausstoßen. Dieses Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ist nicht nur Teil der EU-Agenda des »Green Deal« zur Transformation unserer Gesellschaft, sondern Bestandteil der deutschen »Verkehrswen-

de« und der deutschen »Energiewende«. Das Beispiel des »Verbrennerverbots« lässt gut erkennen, wie die Politik der Bevormundung, der Unfreiheit und der Wohlstandsvernichtung auf allen politischen Ebenen von der EU über den Bund bis zu den Bundesländern vorangetrieben wird.

Der Blick auf die Politik der »Wärmewende«, der »Verkehrswende«, der »Energiewende« und des »Green Deals« offenbart: Es geht hier – übrigens erklärtermaßen⁸ – um eine vollständige Transformation, das heißt um den völligen Umbau unserer Gesellschaft. Dies ist ein Projekt, von dem tatsächlich alle Bereiche der Gesellschaft bis in ihre privatesten Winkel hinein betroffen sind. Geschichtlich betrachtet handelt es sich um ein Projekt, das seinem Anspruch und seinem Umfang nach demjenigen der Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft ähnlich ist. Bekanntlich sind derartige Vorhaben in der Geschichte stets gescheitert, fast immer um einen hohen gesellschaftlichen Preis. Bezahlen müssen die Zeche für die Transformation auch diesmal die Bürger: Sie zahlen mit Wohlstandsverlust, mit Kaufkraftverlust, mit der Zunahme von Armut, mit wachsender Unfreiheit und mit staatlicher Bevormundung.

⁸ »Transformation« ist ein Schlüsselbegriff des Koalitionsvertrages zwischen den an der »Ampel«-Regierung im Bund beteiligten Parteien Grüne, SPD und FDP; für die Thüringer Landtagsfraktion der Linkspartei des Ministerpräsidenten soll das Jahr 2023 zum »Jahr der Transformation« werden, siehe <https://www.die-linke-thl.de/aktuelles/startseite/detail/2023-soll-das-jahr-der-transformation-werden/vom-06.01.2023>.

Energiepolitik in Thüringen:

Initiativen der AfD-Fraktion

Thüringen ist ein Energie-Importland. 75 % des Thüringer Gesamtenergiebedarfs werden durch Einfuhren insbesondere von Erdgas, Mineralölprodukten und Strom gedeckt. Dementsprechend ist der Freistaat von der »Ausstiegspolitik« – Ausstieg aus der Kernkraft, Ausstieg aus der Kohleverstromung – und allen anderen Folgen der »Energiewende« besonders betroffen. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass es eine gewisse Eigenproduktion von Strom in Thüringen gibt, vornehmlich aus Windkraft- und Fotovoltaikanlagen. Die entsprechende Stromgewinnung ist nämlich mit den schon dargestellten Nachteilen verbunden: Windkraft- und Solarstromanlagen haben einen enormen Flächenverbrauch, schädigen Flora, Fauna und Kulturlandschaft und sind in ihrer Produktion wetterab-

hängig und nicht regulierbar. Daher müssen für eine stabile Stromversorgung Thüringens stets konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden.

Obwohl Thüringen ein vergleichsweise windarmes Bundesland ist, strebt die Landesregierung in Übereinstimmung mit den Vorschriften des sogenannten Windenergie-an-Land-Gesetzes einen gewaltigen Ausbau der Energiegewinnung aus Windkraftanlagen an. Dieses Gesetz schreibt vor, dass die Bundesländer bis Ende 2032 zwei Prozent der Bundesfläche für die Windenergie ausweisen müssen und dass bis 2027 1,4 Prozent der Flächen für Windenergie bereitstehen müssen. Sollten zwei Prozent der Thüringer Landesfläche mit Windkraftanlagen bebaut werden (bisher sind es 0,4 Prozent), so würden im Freistaat etwa 4000 solcher Anlagen instal-

liert. Es gäbe kaum noch einen Punkt in Thüringen, von dem aus der Blick nicht auf irgendwelche Windräder fiele.

Auch die Stromgewinnung aus Fotovoltaik-Anlagen wird in Thüringen forciert. Seit Sommer 2023 können hierzulande auch Solarstromanlagen nach dem EEG gefördert werden, die sich auf landwirtschaftlichen Flächen befinden. Zuvor wurden solche Freiland-Anlagen nur gefördert, wenn sie sich auf versiegelten Flächen (wie etwa Gewerbebrachen) befanden. So zeichnet sich in Thüringen ab, was die »Energiewende« für ganz Deutschland bedeutet: Nicht nur der Wald, sondern auch immer mehr landwirtschaftliche Flächen und damit die Lebensmittelproduktion werden zugunsten eines utopischen Projekts zurückgedrängt. Eine solche Politik führt auch im Bereich der Lebensmittelver-



sorgung zu einer größeren Abhängigkeit unseres Landes.

Die Energiegewinnung aus anderen Quellen wie etwa Biogasanlagen oder Wasserkraftwerken spielt in Thüringen eine untergeordnete Rolle. Die Erschließung neuer Energiequellen wie des Wasserstoffs wiederum wird seitens der Landesregierung aus einer verengten Perspektive heraus betrachtet. Charakteristisch ist

diesbezüglich, dass ein großspurig angepriesenes Wasserstoff-Pilotprojekt der Landesregierung, das die Umrüstung des Betriebs der Schwarzatalbahn auf wasserstoffgetriebene Züge verfolgte, aus Kostengründen Ende 2021 gestoppt wurde. Das Scheitern dieses Projektes zeigt, was schon vorher klar war: Die Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft kann nicht durch staatliche

Maßnahmen erzwungen werden. Anstatt planwirtschaftlicher Projekte bedarf es auch bei der Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft einer sinnvollen Rahmensetzung (etwa entsprechender Forschungsförderung) und investitionsfreundlicher Strukturen.

Zwischenzeitlich wurde der Vorschlag in die Thüringer landespolitische Diskussion gebracht, dass man auch im



Freistaat ausloten sollte, inwieweit Gasvorräte durch Fracking gewonnen werden könnten, ein Vorschlag, der nicht nur unrealistisch ist, sondern auch zu erkennen gibt, dass Belange des Umweltschutzes für die Protagonisten der »Energiewende« ganz nachgeordnet sind, ist doch Fracking vor allem eine ebenso ressourcenintensive wie umweltgefährdende Methode der Gasgewinnung.

Thüringen ist von der »Energiewende« in besonderer Weise auch dadurch betroffen, dass die Trassen der Suedlink bzw. der Suedostlink-Höchstspannungsleitungen durch das Land geführt werden. Der Bau dieser Leitungen ist eine unmittelbare Folge der »Energiewende«, denn mit ihnen soll der in Norddeutschland per Windkraft gewonnene, aber nicht benötigte Strom in den

Süden Deutschlands geleitet werden, der den entsprechenden Strombedarf, aber keinen Wind hat. Bau und Bestand dieser gewaltigen Trassen gehen mit erheblichen Eingriffen in die Natur ebenso einher wie mit der Beeinträchtigung der Flächennutzung betroffener Grundeigentümer.

Besonders beeinträchtigt wird Thüringen weiterhin auch deshalb, weil die von der Landes-

regierung unterstützten »Wärmewende«-Pläne ostdeutsche Haus- und Wohnungsbesitzer besonders belastet. Zu den Besonderheiten des Wohnungsbestands in Thüringen (und generell in den ostdeutschen Bundesländern) zählt die Tatsache, dass in den ersten Jahren der »Nachwendezeit« eine große Anzahl von Heizungsanlagen modernisiert wurde. Ein erheblicher Teil dieser Heizungsanlagen dürfte daher heute und in den nächsten Jahren die 30jährige Betriebszeit überschreiten, mit der nach § 72 GEG in vielen Fällen ein Weiterbetriebsverbot verbunden ist. Die genannte Regelung berücksichtigte schon bisher die besonderen historisch begründeten Umstände in Ostdeutschland nicht, woraus sich bereits eine schwere Benachteiligung vieler ostdeutscher Haushalte ergibt. Verschärft wird dies nun durch den absehbaren gesetzlichen Zwang zur Umrüstung namentlich auf Wärmepumpentechnik. Die Kombination aus dem Betriebsverbot nach Ablauf der 30jährigen Betriebszeit und dem Umrüstungszwang wird bei der im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern einkommensschwächeren ostdeutschen Bevölkerung zu einer unverschuldeten und existenzbedrohenden finanziellen Belastung einer Vielzahl von

Haushalten auch in Thüringen führen.

Die Politik der »Energiewende« erweist sich als eine Politik gegen die Interessen der Thüringer Bürger und als Politik, die die Zukunft des Freistaats gefährdet. Sie verfehlt die Ziele, denen jede vernünftige und zukunftsfähige Energiepolitik verpflichtet sein muss, nämlich die Ziele (1) einer stabilen, sicheren und bedarfsgerechten Energieversorgung, (2) eines bezahlbaren Energieangebots und (3) einer natur- und umweltverträglichen Energiegewinnung (»energiepolitisches Zieldreieck«).

Die Thüringer AfD-Fraktion orientiert sich mit ihren energiepolitischen Vorschlägen und Initiativen an der Erreichung der genannten Ziele. Dass eine vernünftige Politik im Sinne dieser Ziele möglich ist, ist eine Erfahrungstat- sache, denn über Jahrzehnte hinweg entsprach die Energiepolitik der Bundesrepublik weitgehend den Forderungen des energiepolitischen Zieldreiecks.

Die Thüringer AfD-Landtagsfraktion fordert im Sinne des energiepolitischen Zieldreiecks, zum Wohle der Bürger und einer gesunden Wirtschaft

✔ die Rückkehr zu einer Energieversorgung, die

sich aus verschiedenen Energiequellen speist (Energimix) und nicht einseitig auf »erneuerbare« Energien setzt,

- ✔ die Beendigung der großflächigen Zerstörung unserer Kulturlandschaften und der Schädigung von Flora und Fauna durch den Bau von Windkraftanlagen,
- ✔ eine deutliche Absenkung der auf elektrischen Strom erhobenen Steuern und Abgaben,
- ✔ die spürbare Senkung der auf Kraftstoffe erhobenen Steuern,
- ✔ die Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas,
- ✔ die Abschaffung der CO₂-Abgabe,
- ✔ die Reparatur und Inbetriebnahme der beiden Gaspipelines Nordstream 1 und 2 und eine Diplomatie, die sich um einen Erdgasimport aus Russland im Rahmen friedlicher politischer Beziehungen bemüht,
- ✔ den Wiedereinstieg in die Kernkraftforschung und einen Neuanfang in der Nutzung der Kernenergie zur Stromversorgung in Deutschland,
- ✔ das Ende der bevormundenden Politik der »Wärmewende«, die zahllose Bürger via »Heizungsge-

setz« und anderer Maßnahmen zu enteignen droht und Mieten und Nebenkosten weiter in die Höhe treibt,

- ✔ die Abkehr von der politischen Forcierung der Elektromobilität mittels Subventionspolitik und die Hinwendung zu einer technologieoffenen Verkehrspolitik,

- ✔ eine technologieoffene, ideologiefreie und wirtschaftliche Wasserstoffforschung und Wasserstoffnutzung,

- ✔ die Verhinderung des Baus der Suedlink- und Suedostlink-Trassen durch Thüringen,

- ✔ die Beendigung der utopischen und kostspieligen EU-»Klimapolitik«.

Die »Energiewende« ist gescheitert und muss endlich beendet werden! Wir haben den politischen Willen, zu einer Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß zurückzukehren!

Lesen Sie mehr dazu auf unserer Seite:

<https://afd-thl.de/politik/politikfelder/energie>



Aber müssen wir nicht »das Klima retten«?

Die gesamte Politik der »Energiewende« inklusive »Wärmewende« und »Verkehrswende« beruht auf dem Gedanken, dass durch einen vorgeblich menschengemachten Klimawandel eine Erwärmung der Erde erfolge, die zum Wärmekollaps und der totalen Katastrophe führen müsse. Folglich müsse das Klima »gerettet« werden, und zwar so schnell wie möglich. Als den zu bekämpfenden Hauptfeind hat man dabei das Spurengas CO₂ (Kohlen[stoff]dioxid) identifiziert, das – soweit es auf menschliche Aktivitäten zurückgeführt werden kann – für die verderbliche Erderwärmung verantwortlich sei.

Tatsache aber ist: Seit Existenz der Erdatmosphäre hat sich das Klima ununterbrochen gewandelt und seit Jahrtausenden schwanken die durchschnitt-

lichen Jahrestemperaturen in den diversen Klimazonen der Erde, und zwar innerhalb einer gewissen Bandbreite, immer wieder allerdings auch in überdurchschnittlichem Umfang – wie etwa bei den lange vor dem Auftauchen menschlicher Zivilisationen wiederholt eingetretenen sogenannten Daansgard-Oeschger-Ereignissen, die auf der Nordhalbkugel der Erde jeweils eine rapide Erderwärmung brachten, gefolgt von einer langsamen Abkühlung. Den Klimawandel also gibt es seit unvordenklichen Zeiten.

Die Rede von der nunmehr unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe ist das Resultat von theoretischen Klimamodellen, die unter bestimmten Vorannahmen und aufgrund einer geringen Zahl von Variablen versuchen, die Entwicklung

des (Welt-) Klimas vorherzubestimmen. Weil dabei zahllose Aspekte und offene Fragen der Klimaentwicklung von vornherein ausgeklammert werden, bleiben die Modelle allesamt in hohem Maße spekulativ. Deshalb ist es auch keineswegs so, dass sich »die Wissenschaft« einig sei über die Ursachen des gegenwärtigen Klimawandels, über den Anteil des Menschen an dessen Verlauf, über seine künftige Entwicklung und über die Frage, ob und wie weit »das Klima« durch politische Maßnahmen gesteuert werden kann.⁹ Was am Ende allein ernst zu nehmen bleibt, ist die triviale Tatsache, dass es einen Klimawandel gibt und dass wir über dessen Ursachen und Verlauf letztlich nicht ausreichend viel wissen. Eine Politik, die sich wie die Politik der »Energiewende«

9 Dementsprechend gibt es zahlreiche Stimmen aus der Wissenschaft, die gegenüber der Vision einer (menschengemachten) Klimakatastrophe skeptisch sind. Siehe z.B. Gerhard Gerlich, *Der Betrug mit dem Globalklima. Widerlegung der atmosphärischen Kohlendioxid-Treibhauseffekte der Erde* (2007), <https://eppinger.files.wordpress.com/2009/12/der-betrug-mit-dem-globalklima.pdf>; Fritz Vahrenholt/Sebastian Lüning, *Die kalte Sonne. Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet*, 2012; Patrick Moore, *Fake Invisible Catastrophes and Threats of Doom*, Comox 2021.



Für die Pflanzen bedeutet CO₂ vor allem eines: Leben!

allein an fragwürdigen Prognosen und strittigen Ursachenbehauptungen ausrichtet und auf dieser Grundlage die ganze Gesellschaft umzubauen versucht, erweist sich vor diesem Hintergrund schlichtweg als irrational, der Versuch, den Klimawandel aufzuhalten als utopisch.

Vernünftig ist demgegenüber zuallererst eine Politik, welche sich auf die absehbaren negativen Folgen des Klimawandels einstellt und insbesondere entsprechende Schutzmaßnahmen wie Aufforstung (statt Waldzerstörung durch »Windparks«), Entsiegelung und Renaturierung, Ausbau von Kanalisations- und Abwassersystemen, Verstärkung von Dämmen

zum Hochwasserschutz etc. trifft. Während es umweltpolitisch gilt, durch rationalen Ressourcenverbrauch die Umwelt zu schonen und die Natur zu schützen, erweist sich die »Klimapolitik« als das Gegenteil von Umweltschutz.

Für die moderne Weltuntergangsideologie der »Energiewender« ist die Fixierung auf CO₂ als der entscheidenden Ursache des angeblich menschengemachten Klimawandels von zentraler Bedeutung, weil hiermit ein Hebel für »Maßnahmen« (nämlich der Reduktion des CO₂-Ausstoßes) gegeben ist. Ob (von Menschen ausgehendes) CO₂ tatsächlich die entscheidende Rolle beim Klimawandel spielt,

ist indes keineswegs geklärt, weshalb auch fragwürdig ist, in welcher Weise sich eine CO₂-Reduktion auf das Klima auswirkt. Unbestritten ist dagegen, dass CO₂ lebens- und überlebensnotwendig ist, da es die Pflanzen zur Produktion von Sauerstoff benötigen und es dabei im Übrigen das Wachstum der Flora fördert.¹⁰

Selbst wenn das CO₂ ein so großes Übel wäre, wie die Protagonisten der Klimakatastrophe behaupten, ist folgende Frage zu bedenken: Ist es überhaupt möglich, mittels einer »Klimaneutralität« Deutschlands, die durch Beendigung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen sei, Einfluss auf das Weltklima zu nehmen?

¹⁰ Siehe Horst Rademacher, Erdklima. Es grünt so grün, <https://www.faz.net/aktuell/wissen/erde-klima/erdklima-es-gruent-so-gruen-14224202.html> vom 15.05.2016.

Klimaplanwirtschaft hat keine CO₂-Einsparung zur Folge

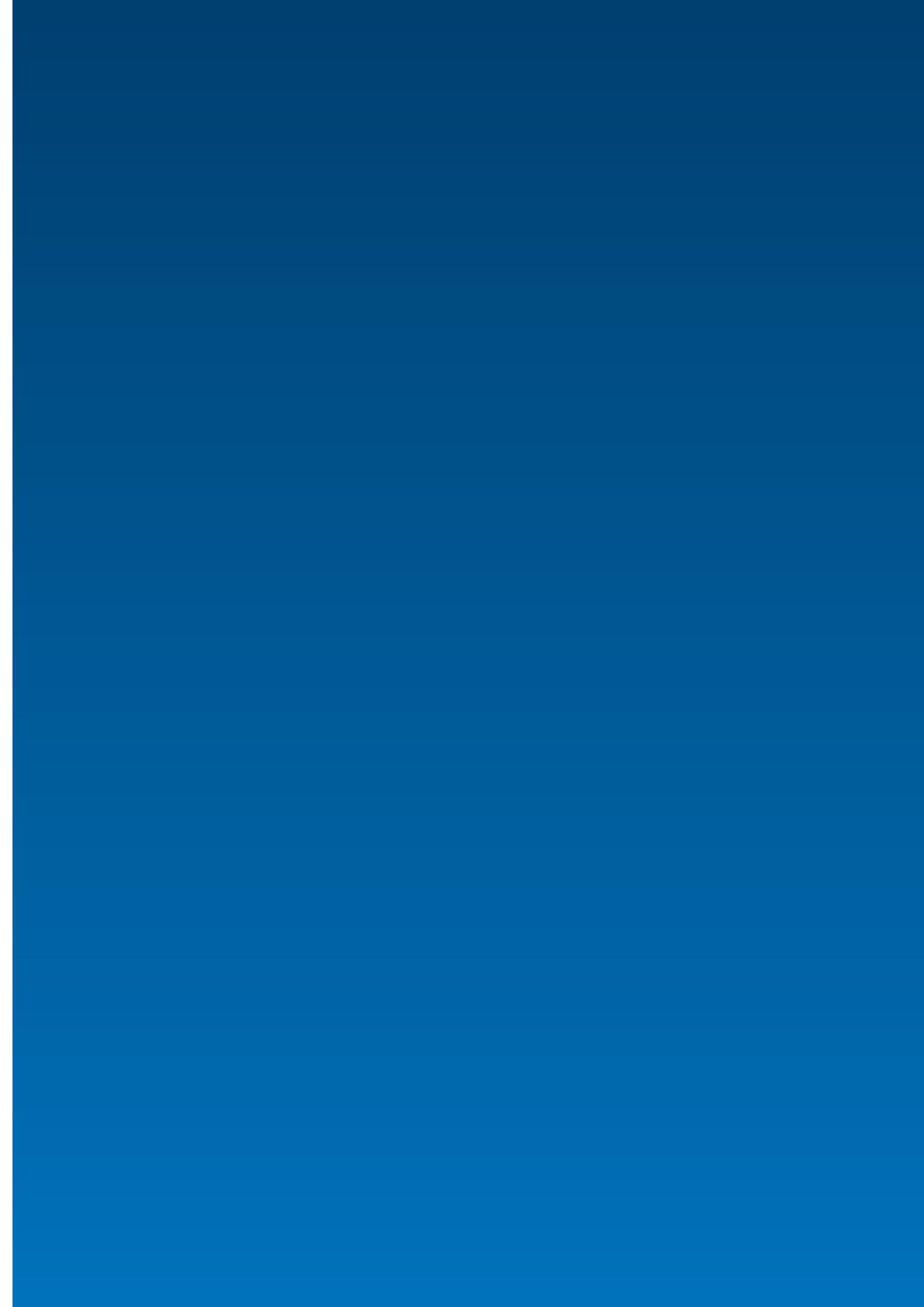
Im Jahr 2022 ist der Ausstoß von Treibhausgas (CO₂) gegenüber dem Vorjahr trotz eines geringeren Energieverbrauchs nicht zurückgegangen, so dass die politisch gesetzten »Klimaziele« verfehlt wurden. Es wurden demnach mit 761 Millionen Tonnen Treibhausgas fast genau soviel wie 2021 produziert, womit die politisch fixierte Obergrenze für 2022 um rund fünf Millionen Tonnen verfehlt wurde. Die CO₂-Emissionen gingen trotz eines geringeren Energieverbrauchs, vergleichsweise warmen Wetters und günstiger Bedingungen für Wind- und Solaranlagen nicht zurück. Seinen Grund findet das darin, dass infolge der Energiekrise vermehrt Kohlekraftwerke zur Energiegewinnung eingesetzt wurden. Nach der Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke ist für die nächsten Jahre nichts anderes zu erwarten.

Immerhin ist der CO₂-Ausstoß Deutschlands im Weltmaßstab gesehen von ganz untergeordneter Bedeutung.

0,038 Prozent CO₂ befinden sich in der Atmosphäre; davon produziert die Natur 96 Prozent, den Rest, also vier Prozent, der Mensch. Das sind dann vier Prozent von 0,038 Prozent, also

0,0000152 Prozent. Der Anteil Deutschlands hieran beträgt 3,1 Prozent. Damit stammen also $4,712^{-9}$ (= 0,000000004712) Prozent des in der Atmosphäre befindlichen CO₂ aus Deutschland. Mit der »Energiewende« will die deutsche Politik den deutschen Anteil am weltweit von Menschen erzeugten CO₂ auf

null reduzieren (»Klimaneutralität«). Damit soll Deutschland eine klimapolitische Führungsrolle in der Welt übernehmen und das Weltklima »retten«. Dass angesichts solcher Zahlen die deutschen Anstrengungen dem Weltklima offenkundig gleichgültig sein müssen, liegt auf der Hand. Daher sind die Abermilliarden Euro, die diese »Energiewende« und die mit ihr verbundene gesellschaftliche Transformation die Bürger kostet, Geld, das in ein sinnloses Projekt fließt, das lediglich den wirtschaftlichen und zivilisatorischen Abstieg unseres Landes und eine Gesellschaft der Bevormundung und Unfreiheit bewirken wird.





FRAKTION
THÜRINGEN



info@afd-thl.de



www.afd-thl.de



[@afd.thl](https://www.facebook.com/afd.thl)



[@afd-landtags-tv](https://www.youtube.com/@afd-landtags-tv)



https://t.me/afd_thl

